

Reinhard Zintl

## Wahlsoziologie und individualistische Theorie - der ökonomische Ansatz als Instrument der Mikrofun- dierung von Aggregatanalysen

### 1. Grundlagen

#### 1.1. Fragestellung

Wahlergebnisse sind Aggregate von Individuenakten; kollektive Resultate sind hier im strikten Sinne die "Summe" individueller Aktivitäten. Regelmäßigkeiten auf der Makroebene müssen ihre Grundlage in Regelmäßigkeiten auf der Mikroebene, der Ebene individuellen Verhaltens haben. Nun ist es sicherlich zwar nicht notwendig, Makrotheorien (etwa: "Ein Prozent mehr Inflation bedeutet ein Prozent weniger Stimmen für die Regierung") unbedingt mit einer ausdrücklichen Theorie individuellen Wahlverhaltens zu verbinden, jedoch ist es wünschenswert: Die Vertrauenswürdigkeit von Makroaussagen kann am besten diskutiert werden, wenn man eine Idee darüber hat, aus welchen Bausteinen das Gesamtbild zusammengesetzt ist. Gerade unter prognostischen Gesichtspunkten ist es nützlich zu wissen, wovon etwa die Stabilität einer vorgefundenen Beziehung abhängt. Soweit Wahlergebnisse beispielsweise Bewegungssalden darstellen, also die Netto-Gewinne oder Netto-Verluste von Parteien, hinter denen gegenläufige Wählerströme stehen, ist jeder gefundene Makrozusammenhang empfindlich für Veränderungen in der Zusammensetzung des Elektorats. Es ist aus solchen Gründen umgekehrt ohne weiteres möglich, daß eine stabile Beziehung auf der Makroebene nicht gefunden wird, obwohl es stabile Mikrozusammenhänge gibt. Theorien, die das berücksichtigen können, sind prognostisch reinen Makrotheorien überlegen(1).

Eine Mehrebenenbetrachtung liegt also nahe. Das bedeutet jedoch noch nicht, daß man die Mikroebene in Form einer vollständigen Mikrotheorie ins Bild bringen muß, einer Theorie über das Verhalten des einzelnen Wählers also, die am Verhalten des einzelnen Wählers überprüft wird. Solange die theoretisch eigentlich interessierende Ebene die Makroebene ist, erscheint eine solche Art der Mikrofundierung, die man Mikrofundierung durch Reduktion nennen kann, unangemessen aufwendig. Da das Ziel die Formulierung überprüfbarer Makroaussagen ist, also der Test nicht auf der Mikroebene stattfindet, sollten die Aussagen auf der Mikroebene gerade so detailliert wie nötig, also so sparsam wie möglich, sein(2).

Eine Form der Mikrofundierung, die diesen Anforderungen zu genügen behauptet, ist die rationalistische Modellierung des Individuenverhaltens, die insbesondere von Anhängern eines "ökonomischen Imperialismus" befürwortet wird. Der Anspruch einer solchen Modellierungsweise besteht, vereinfacht gesagt, darin, die Ausleuchtung des individuellen Innenlebens zu erübrigen, also insofern sparsam zu sein, und dennoch zu überprüfbareren Aussagen zumindest auf der Aggregatebene zu führen. Wieweit - oder genauer: in welcher Form - eine solche Behauptung im Zusammenhang mit Wahlverhalten haltbar ist, wird in den folgenden Überlegungen untersucht. Zunächst soll präzisiert werden, worin der Anspruch eigentlich besteht bzw. bestehen kann.

## 1.2. Der Ansatz

Unter "ökonomischer" Modellierung des Wählerverhaltens kann man zwei auf den ersten Blick sehr unterschiedliche Dinge verstehen. Die eine Interpretation besteht in der ganz buchstäblichen Lesart, daß wirtschaftliche Interessen das politische Verhalten bestimmen. Da solche Interessen aus objektiv feststellbaren Merkmalen der individuellen Lage erschließbar seien, könne man politisches Verhalten auf der Grundlage solcher Lagemerkmale und ihrer Veränderungen prognostizieren. Die andere Interpretation ist indirekter, stützt sich nicht auf die Inhalte ökonomischer Theorien, sondern vielmehr auf den Stil ökonomischer Theoriebildung. Ausgangspunkt ist ein Rationalitätskonzept, das die Bestandteile individueller Präferenzordnungen offenläßt, jedoch einen

bestimmten Umgang mit gleich welchen Präferenzen behauptet: Nicht die Ziele der Individuen sind Gegenstand von Behauptungen, sondern die individuelle Anpassung - bei gegebenen Zielen - an situative Restriktionen(3).

Wir wollen die erste Lesart als Theorie wirtschaftsorientierten Verhaltens bezeichnen, die zweite als ökonomischen Ansatz. Zwischen beiden Lesarten kann eine Beziehung bestehen, jedoch muß das nicht der Fall sein. Die Theorie wirtschaftsorientierten Verhaltens kann auf einer eigenständigen Behauptung über menschliche Eigenschaften beruhen oder sie kann mit Hilfe zusätzlicher Aussagen aus dem ökonomischen Ansatz gefolgert werden. Auf keinen Fall jedoch folgt die erste Lesart unmittelbar aus der zweiten. Widerlegungen der engeren Theorie wirtschaftlich orientierten Verhaltens sind somit nicht Widerlegungen des allgemeineren Ansatzes rationalistischer Theoriebildung. Das liegt daran, daß aus dem Rationalitätskonzept selbst noch keine bestimmten Verhaltenshypothesen folgen, daß vielmehr zunächst Brückenaussagen formuliert werden müssen. Diese Brückenaussagen spezifizieren, was aus situativen Gründen als "Kosten" und was als "Erträge" angesehen werden kann und welche Anpassungen des individuellen Verhaltens an die Veränderungen situativer Restriktionen daher jeweils zu erwarten sind. Das zentrale Bild ist das Bild der "fallenden Nachfragekurve".

Für Situationen eines ganz bestimmten Typs (Überlebenskampf in Wettbewerbssituationen) behaupten diese Brückenaussagen die Restriktion aller individuellen Kosten-Ertrags-Kalküle auf im engeren Sinne wirtschaftliche Kriterien(4), Nutzenmaximierung kann mit Einkommensmaximierung übersetzt werden. In derartigen Situationen kann nicht nur das Vorzeichen, sondern auch die Lage der Nachfragekurve bestimmt werden - nicht nur die Richtung der Anpassung eines Aktivitätsniveaus an Situationsveränderungen kann unter Rationalitätsgesichtspunkten beurteilt werden, sondern darüberhinaus auch das Aktivitätsniveau selbst. Man kann hier also nicht nur fragen, ob eine Zunahme oder Abnahme einer Aktivität rational ist, sondern auch, ob es rational ist, eine bestimmte Aktivität überhaupt auszuüben. In solchen und nur in solchen Situationen sind die aus der ersten und der zweiten Lesart zu folgernden Hypothesen identisch. In allen anderen Situationen, bei Abwesenheit

scharfen Selektionsdrucks also, werden die Hypothesen nur hinsichtlich des "Vorzeichens" identisch, ansonsten aber unterschiedlich sein. Man kann etwa nach wie vor unter Rationalitätsgesichtspunkten analysieren, wovon eine Zunahme oder Abnahme der Wahlbeteiligung abhängen wird; die Frage andererseits, ob es "rational" ist, überhaupt zu wählen, ist sinnlos - das Rationalitätskonzept impliziert hierzu nichts Bestimmtes, und Brückentheoreme, die die individuelle Selektion bestimmter Maßstäbe behaupten könnten, existieren nicht. Wer hier an der ersten Lesart festhalten will, müßte sich etwa auf bestimmte Vermutungen über die Natur des Menschen stützen - etwas, wofür die ökonomische Theorie nicht in besonderem Maße zuständig ist, das jedenfalls nicht aus dem Rationalitätskonzept der Ökonomie folgt.

Der allgemeine Überlegenheitsanspruch dessen, was man "ökonomischen Imperialismus" nennt, stützt sich nun offensichtlich nicht auf Behauptungen über einen allgemeinen menschlichen Charakter, sondern auf die universelle Anwendbarkeit eines bestimmten Instrumentariums, das man in einiger Vereinfachung als "offenes Rationalitätskonzept plus situationsdeterminierte Kriterienselektion" charakterisieren kann. Der erste Teil der Kennzeichnung verweist auf den Anspruch der Sparsamkeit ökonomischer Modellierung - man muß die individuellen Präferenzen nicht ermitteln. Der zweite Teil der Kennzeichnung verweist auf den Leistungsanspruch der Modellierung: Daß das offene Rationalmodell, für sich allein genommen, jedes Verhalten zu rekonstruieren und kein bestimmtes Verhalten zu prognostizieren erlaubt, liegt auf der Hand. Behauptet wird nun, daß eine "Schließung" nicht eine bestimmte Hypothese über individuelle Präferenzen oder die empirische Ermittlung von Präferenzen voraussetzt, sondern mit Hilfe individuenunabhängig beschreibbarer Situationsmerkmale erfolgreich stattfinden kann.

Welche Leistung bei der Erklärung von Wahlverhalten kann man diesem Ansatz zutrauen? Um diese Frage beantworten zu können, benötigen wir zuerst eine allgemeine Formulierung der individuellen Entscheidungssituation, die als Brücke taugt.

### **1.3. Die Anwendung auf Wahlverhalten**

Es liegt nahe und gehört dementsprechend mittlerweile zur Standardterminologie, die Beziehung zwischen Wählern und Parteien als Beziehung zwischen Nachfragern und Anbietern aufzufassen. Die Analogie zwischen politischem und Marktwettbewerb liegt jedoch nicht in jeder Hinsicht gleichermaßen auf der Hand. Vor allem der folgende Unterschied verlangt eine Präzisierung dessen, worin die Analogie bestehen kann: Im politischen Wettbewerb konkurrieren komplett geschnürte Pakete um die Nachfrage, im Marktwettbewerb die einzelnen Komponenten von Paketen. "Fallende Nachfrage", bezogen auf den Marktwettbewerb bedeutet: Wenn - bei gegebenem individuellen Budget - eine Komponente des Warenkorb teurer wird, wenn also ihre Opportunitätskosten hinsichtlich anderer Komponenten des Warenkorb steigen, wird im allgemeinen Substitution stattfinden; der relative Anteil dieser Komponente am gesamten Güterbündel wird sinken. Was aber kann "fallende Nachfrage" bedeuten, wenn man nicht die Möglichkeit hat, innerhalb eines Warenkorb zu substituieren, sondern lediglich einen fest vorgegebenen Warenkorb gegen einen anderen, ebenso fest vorgegebenen, Warenkorb austauschen kann? Allgemeiner: Was macht einen Warenkorb überhaupt zunächst attraktiver als den anderen und was kann einen Wechsel der Warenkörbe bewirken?

Um diese Frage beantworten zu können, wollen wir zunächst näher betrachten, was die Komponenten "politischer" Warenkörbe sein können. Hierzu verlassen wir zunächst den einzelnen Wähler und betrachten stattdessen die gesamte Wählerschaft. Wir können dann formal zwischen zwei Sorten von politischen Themen unterscheiden - solchen Themen, über die im Elektorat Einigkeit herrscht, den sogenannten "Valenzissues", auf der einen Seite, und "Positionsissues"(5) auf der anderen Seite, also solchen Themen, über die im Elektorat geteilte Meinungen herrschen. Was läßt sich unter Wettbewerbsbedingungen über die Angebotsseite sagen?

Die Parteien - zunächst der Einfachheit halber als homogene Akteure betrachtet - als Programmanbieter stehen im Wettbewerb um Stimmen. Ihre Handlungssituation weist den oben erwähnten hohen Selektions-

druck auf: Programmangebote sind Instrumente des Stimmengewinns. Es folgt unmittelbar, daß die Pakete, die die konkurrierenden Parteien schnüren, sich jedenfalls nicht hinsichtlich dessen unterscheiden werden, was wir als Valenzissues bezeichnet haben. Wenn es programmatische Unterschiede gibt, dann können diese nur hinsichtlich der Positionsissues bestehen. Mit anderen Worten: Der einzelne Wähler findet Pakete vor, die sich in einigen Komponenten unterscheiden, in anderen übereinstimmen. Er wird seine Entscheidung nicht von den Komponenten abhängig machen können, hinsichtlich derer die Pakete identisch sind, sondern nur von den Komponenten, hinsichtlich derer sich die Pakete unterscheiden.

Die Beziehungen zwischen der Wählerschaft insgesamt und den Parteien können auf dieser Grundlage nun mit Hilfe eines räumlichen Modells dargestellt werden: Die Individuen verteilen sich über einen Raum, dessen Koordinatensystem von den Positionsissues gebildet wird. Jedes Individuum ordnet den zur Wahl stehenden Parteien Positionen in diesem Raum zu und entscheidet sich für die nächstliegende Partei, gegebenenfalls für keine (falls sämtliche Distanzen größer als ein individuell bestimmter Maximalwert sind). Unterschiede zwischen Parteiprogrammen sind zu erklären als Anpassung der Parteien an die Wählerverteilung hinsichtlich dauerhaft wichtiger Positionsissues. Nur unter sehr starken Annahmen kann erwartet werden, daß diese Anpassung zugleich eine Konvergenz der Parteiprogramme bedeutet; selbst dann, wenn es so etwas wie einen Median der mehrdimensionalen Wählerverteilung geben sollte, was im allgemeinen nicht unterstellt werden kann(6), sind programmatische Unterschiede zwischen den Parteien plausibel(7). Dies bestimmt die Stimmenpotentiale der Parteien. Valenzissues sollten demgegenüber im Rahmen von Rationalmodellen keine Rolle für langfristige Stimmenpotentiale spielen: Da die Parteien in bezug auf Valenzissues konvergieren, die programmatischen Distanzen aller Parteien zu jedem Wähler in dieser Hinsicht also gleich (und zwar gleich Null) sind, müssen solche Issues für Wählerpotentiale irrelevant sein. Veränderungen des individuellen Wahlverhaltens sind formal als Resultate von Distanzenveränderungen zu interpretieren - sei es, daß sich der Standort des Wählers verändert hat oder die (wahrgenommenen) Standorte der zur Wahl stehenden Parteien.

Um zu überprüfaren Hypothesen sei es über die individuelle Wahlentscheidung, sei es über kollektives Wahlverhalten zu kommen, muß nun bestimmt werden, was die Dimensionen des Raumes sind, wovon Distanzen und Distanzveränderungen abhängen. Zwar ist die Stimmabgabe einer Person für eine bestimmte Partei immer eine individuelle Entscheidung, die ihre individuellen Gründe hat, über die sich etwas herausfinden läßt. Es ist aber denkbar, daß solche Gründe eine so vollständig individuelle Angelegenheit sind, daß Hoffnungen auf sparsame Modellierung ungerechtfertigt sind. Skepsis gegenüber Rationalmodellen muß also nicht unbedingt auf dem Verdacht beruhen, daß Individuen "irrational" (8) sind - es genügt der Verdacht, daß allgemein geteilte Gründe des Wahlhaltens nicht existieren oder nicht identifizierbar sind. Nur dann, wenn die einzelnen Wähler nicht in voneinander isolierten Welten leben, in denen je eigene Kriterien gelten, dann besteht die Möglichkeit, räumliche Modelle für das Elektorat insgesamt, nicht lediglich für jedes einzelne Individuum zu konstruieren(9).

"Erklärungen des Wählerverhaltens" können nun im Hinblick auf zwei verschiedene Sorten von Fragen angestrebt werden:

1. Wovon hängt die positionale Verteilung der Wähler, also das (langfristige) Stimmenpotential von Parteien ab?
2. Wie kommen (kurzfristige) Schwankungen des Wahlhaltens zustande?

Für den ökonomischen Ansatz umformuliert: Was leistet er hinsichtlich der "Lage" der politischen Nachfragekurve (Frage 1)? Was leistet er hinsichtlich der "Bewegung" auf der jeweils gegebenen Nachfragekurve (Frage 2)?

## **2. Erklärung von "Verteilung" und langfristigem Wandel**

Hier lautet die These: Aus dem ökonomischen Ansatz folgt weder, welche Positionsissues in einem Elektorat wirksam sind, noch folgt aus dem Ansatz, wovon die Verteilung der Wähler hinsichtlich der als wirksam erkannten Issues abhängt. Im weiter oben benutzten Bilde gespro-

chen: Wir haben keine situationslogischen Argumente für irgendeine Behauptung über die Lage der politischen "Nachfragekurve", insbesondere haben wir keine Argumente für die Behauptung, daß die Dimensionierung des Raumes und die Verteilung der Wähler im Raum vornehmlich Folge wirtschaftlicher Interessen sei. Der Grund liegt darin, daß wir es hier nicht mit Situationen zu tun haben, in denen ein spezifischer und hoher Selektionsdruck auf den Individuen lastet. Dies sei kurz erläutert:

Wie eingangs festgestellt, impliziert das Rationalitätskonzept des ökonomischen Ansatzes keine bestimmten Präferenzen, sondern nur einen bestimmten Umgang mit gleich welchen Präferenzen. Diese bisher nicht näher betrachteten Präferenzen sollen nun aufgeschlüsselt werden: Auf immer noch sehr hoher Abstraktionsebene kann man unterscheiden zwischen unmittelbaren "Interessen" und allgemeinen Urteilen, "Meinungen"(10). Die Urteile können selbst Verallgemeinerungen von Interessen sein (etwa das Urteil, Eigentum sei allgemein zu schützen, oder das Urteil, Verträge seien immer einzuhalten), sie können aber durchaus auch die Rolle von Korrektiven der unmittelbaren Interessen spielen (etwa das Urteil, man solle den Armen notfalls durch zwangsweise durchgesetzte Umverteilung helfen). Da Meinungen und Interessen miteinander konfliktieren können(11), werden die individuellen Entscheidungen Resultat je individueller Prioritätensetzung sein. In den klassischen Wettbewerbssituationen sind die Kosten der Berücksichtigung von Meinungen prohibitiv hoch, das beobachtbare Verhalten ist allein an Interessen orientiert.

Wenn nun die Situationen, die man untersucht, derartigen Druck nicht entfalten, gilt hingegen: Je weniger im Hinblick auf die "Interessen" auf dem Spiel steht, umso mehr können die "Meinungen" entscheidungswirksam werden. Im Grenzfall - wenn hinsichtlich der Interessen überhaupt nichts auf dem Spiel steht - stehen nur noch die "Meinungen" als Entscheidungskriterien zur Verfügung. Je weniger Selektionsdruck herrscht, umso größer sind also die individuellen Spielräume der Wahl von Kriterien. Wir haben dann keinen Grund und keine Möglichkeit, situationsopportunistischen Egoismus als Handlungsmodell für selbstverständlich zu halten.



Für die Arena politischen Verhaltens ist es keineswegs plausibel, generelle Dominanz von "Interessen" zu erwarten: Aufgrund der höheren Abstraktheit der Entscheidung gilt zunächst einmal, daß oftmals nicht einmal mehr klar ist, worin die "unmittelbaren Interessen" bestehen. Ihre Definition wird selbst "theorieabhängig" sein(12). Das schafft Spielräume für einen aktiven politischen Sektor, der nicht lediglich auf wohldefinierte Interessen reagiert, sondern die Wählerverteilung, an der sich der Parteienwettbewerb dann orientiert, zu einem guten Stück selbst erst erzeugt. All das gilt auch in einer Welt, in der es keine "Meinungen", sondern nur "Interessen" gibt. Wenn es aber "Meinungen" gibt, gilt darüberhinaus: Soweit eigene Interessen überhaupt nicht oder nicht unmittelbar auf dem Spiel stehen, ist nicht etwa mit Indifferenz zu rechnen, sondern mit Orientierung an Meinungen(13). Hier ist der Appell an normative Überzeugungen die rationale Verhaltensweise stimmenmaximierender Politiker, nicht der Appell an Interessen.

Es ist nicht entscheidend, ob dies als angemessene Skizze des politischen Prozesses akzeptabel ist oder nicht. Entscheidend für uns ist, daß jedenfalls der ökonomische Ansatz selbst und die im Rahmen dieses Ansatzes favorisierten situationslogischen Brückenprinzipien kein Argument dafür liefern, daß die Handlungssituation des Wählers eine "single-exit-Situation" ist. Soweit sich Politik auf diejenigen Bestandteile der individuellen Lage bezieht, die den Individuen eine eindeutige Definition ihrer Interessen abnötigen, können wir sicherlich auch ohne die Ermittlung der individuellen Präferenzen Wählerverteilungen hinsichtlich dieser Politikaspekte prognostizieren - es gibt aber keine im ökonomischen Ansatz liegenden Argumente für die Vermutung, diese Politikaspekte seien die einzigen oder auch nur die dominanten Dimensionen der Wählerverteilung.

Es ist daher zwar möglich, daß der ökonomische Ansatz etwas zur theoretischen Deutung von Cleavage-Strukturen, von Alignment- und Realignment-Prozessen beitragen kann, aber es gibt sicherlich keine "ökonomische Theorie der Wählerverteilung", keine ökonomische Theorie der Entstehung und des Wandels politischer Präferenzen. Eine rationalistische Mikrofundierung entsprechend der Logik ökonomischer Theoriebildung kann also kaum den Anspruch besonderer Leistungsfä-

higkeit erheben, soweit es darum geht, zu erklären, warum welche Personen oder Gruppen von Personen welche Parteien wählen. Wenn also die rationalistische Modellierung im ökonomischen Stile Hypothesen über die "Lage" der politischen Nachfragekurve nicht generiert, so bleibt zu hoffen, daß sie wenigstens zur "Vorzeichenanalyse" taugt.

### **3. Die Erklärung kurzfristiger Wählerbewegungen**

#### **3.1. Die "Valenzissue-Erklärung"**

Worauf und wie reagieren Wähler kurzfristig, in ihrem aktuellen Wahlverhalten, gegeben eine bestimmte, nicht analysierte Verteilung ihrer politischen Präferenzen und gegeben eine bestimmte Parteienlandschaft?

Ein Faktor, der hier eine Rolle spielt und von der Wahlsoziologie auch berücksichtigt wird, sind die Eigenschaften von Kandidaten. Dieser Faktor kann jedoch im Rahmen des ökonomischen Ansatzes ganz ähnlich wie die positionale Verteilung der Wähler nur zur Kenntnis genommen, nicht jedoch in Form allgemeiner Hypothesen *ex ante* modelliert werden: Wenn man weiß, wie die Wähler Kandidaten beurteilen, kann man das in der Prognose verwenden - aber man muß es eben wissen, man muß also die vorhandenen Präferenzen ermitteln. Man kann also Kandidateneffekte zwar als Rationalverhalten rekonstruieren, aber das ist theoretisch wenig interessant, und es ist, wie eingangs festgestellt, auch nicht das, worauf sich der Leistungsanspruch des ökonomischen Ansatzes bezieht.

Grundsätzlich sind im Rahmen räumlicher Modelle zwei Auslöser von Oszillationen um Langfristpotentiale darstellbar:

1. Die Veränderungen sind Resultat veränderter Zustände von Valenzissues.
2. Die Veränderungen sind Resultat kurzfristig aufkommender Positionsissues.

Zunächst zu den kurzfristig aufkommenden Streitfragen: Sie bedeuten neue Dimensionen der Verteilung und im allgemeinen eine neue Verteilung. Soweit man Veränderungen des Wahlverhaltens hierauf zurückführt, müssen sie als die Folge permanenter Instabilität der Verteilung gedeutet werden; Erfolge oder Mißerfolge von Parteien, die hierdurch ausgelöst werden, sind dann Resultat unterschiedlich gelungener Anpassung ihrer Positionen an diese Verteilungsveränderungen(14). Die Leistungsfähigkeit des ökonomischen Ansatzes ist in diesem Zusammenhang nicht anders zu beurteilen als im Zusammenhang mit Kandidateneffekten: Ob solche Veränderungen der Verteilung aus nichtantizipierbaren Einzelereignissen resultieren oder selbst theoretischer Analyse und Prognose zugänglich sind, macht dabei keinen Unterschied - für ein Distanzenmodell des Wählerverhaltens handelt es sich um Randbedingungen, um einen exogenen Vorgang, der konstatiert oder auch post hoc rekonstruiert werden kann, der aber nicht in Form von Hypothesen berücksichtigt werden kann.

Anders liegt der Fall für "Valenzissue-Erklärungen" des Wählerverhaltens: Programmatische Unterschiede zwischen den Parteien sind hier, wie schon festgestellt, nicht zu erwarten. Wie also sollen solche Issues überhaupt das Wahlverhalten beeinflussen? Die Antwort lautet: Nicht nur, was die Parteien wollen, sondern auch, was sie erreichen oder erreicht haben, zählt. Zwar strebt jede Partei dasselbe an, jedoch wird es von den faktischen Umständen abhängen, ob der jeweils unstrittig erwünschte Zustand realisiert wird. Die regierende Partei wird also vor allem nach der gegenwärtigen Situation beurteilt, die Opposition unter anderem danach, welche Erfahrungen man mit ihr gemacht hat. Je länger diese Erfahrungen zurückliegen und je vergeßlicher die Wähler sind, umso mehr wird die Opposition am Programm, die Regierung hingegen an der Realität gemessen. In der Terminologie des Distanzenmodells gesprochen: Valenzissues stellen durchaus eigene Dimensionen des Raumes dar; ihre Realisierung verschiebt die "Position" der Regierungsparteien näher zum oder weiter weg vom Maximum der einseitigen Wählerverteilung auf dieser Dimension, während die "Position" der Opposition, wo auch immer sie sich befinden mag, vergleichsweise stabil ist. Die relative Popularität der Regierung wird also bei (nahezu) allen Wählern mit dem gleichen Vorzeichen auf Zustandsveränderungen von

Valenzissues reagieren; für alle Wähler wächst die Distanz zur Regierung und schrumpft die Distanz zur Opposition; für einen Teil der Wähler bedeutet dies zugleich eine Veränderung ihrer Parteipräferenz(15).

Wir können diesen Tatbestand auch in der hier eher ungebrauchlichen Terminologie einer Nachfrageraktion ausdrücken: Wie oben festgestellt, unterscheiden sich die angebotenen "Pakete" hinsichtlich einiger Komponenten (Positionsissues), andere Komponenten sind Bestandteil aller Pakete (Valenzissues). Grundsätzlich machen Qualitätsverschlechterungen jeglicher Bestandteile ein Paket weniger attraktiv. Für Positionsissues hat das keine Nachfragekonsequenz - das andere Angebot enthält ja definitionsgemäß in dieser Hinsicht "schlechtere" Qualität, eben die nichtgewünschte Position. Für Valenzissues dagegen gibt es eine Alternative, deren relative Attraktivität steigt. Aus diesem Grunde erwarten wir für Positionsissues entweder keine oder sogar Klienteleffekte bei kritischer Lage, für Valenzissues hingegen erwarten wir Belohnungs/Bestrafungseffekte: Positive Veränderungen des Zustandes im Hinblick auf Valenzissues bringen der Regierung Stimmengewinne, negative Veränderungen der Opposition.

Es bleibt nur noch eines zu tun: Man muß die Valenzissues identifizieren, die man in solchen Prognosen verwenden will. Hierzu ist der ökonomische Ansatz imstande: Daß etwa wirtschaftliche Depression, ineffiziente Administration, Unsicherheit auf den Straßen überwiegend als unerwünschte Zustände beurteilt werden, muß nicht aus einer Behauptung über spezifische Präferenzen aller Individuen gefolgert werden (warum sollte es nicht Personen mit genuiner Freude an Unordnung geben?), sondern es kann situativ begründet werden: Was immer die konkreten Präferenzen der Individuen sein mögen - für die allermeisten Individuen wird gelten, daß sie ihre Ziele umso besser verfolgen können, je besser ihre wirtschaftliche Lage, je berechenbarer die Administration, je sicherer die Straßen sind. Was immer an Themen der Politik als in diesem Sinne instrumentell hinsichtlich der Verfolgung beliebiger Individuenziele klassifiziert werden kann, stellt einen geeigneten Ausgangspunkt für die Anwendung des ökonomischen Ansatzes dar. Im engeren Sinne wirtschaftliche Themen nehmen dann nur insofern eine besondere Rolle ein, als sie einfach zu operationalisieren sind und die einschlägige Infor-

mation in der Regel der Öffentlichkeit verfügbar ist: Nicht nur dem Wissenschaftler stehen die entsprechenden Daten zur Verfügung, sondern es ist auch plausibel, daß die Wähler sich in ihrer Entscheidung überhaupt an ihnen orientieren können. Es ist also nicht etwa der Fall, daß es aus dem ökonomischen Ansatz unmittelbar folgt, daß wirtschaftliche Themen besonderes Gewicht haben müssen - sie sind nur besonders gut zur Untersuchung geeignet.

Hier endlich liegt also der Fall vor, für den der ökonomische Ansatz zu definitiven Prognosen führt: Die Präferenzen der Wähler müssen nicht ermittelt werden; über das Wahlverhalten des einzelnen Wählers wird nichts gesagt (da nicht ermittelt wird, wo in der Verteilung er sich befindet); dennoch werden Mikroaussagen formuliert, die zu überprüfbaren Aussagen über das Elektorat aggregierbar sind.

Es ist leicht zu erkennen, was diese Modellierung verbietet: Die Größe der Reaktionskoeffizienten auf Aggregatebene sollte nicht davon abhängen, welche Partei gerade an der Regierung ist. Hinsichtlich Valenzissues sollten ja alle Parteien gleiche Ziele verfolgen. Wenn das so ist, dann ist nicht einzusehen, warum die Anhänger der einen Partei hier anders reagieren sollten als die einer anderen. Sollten solche Unterschiede vorkommen, dann wären sie ein Indiz dafür, daß die Sensibilitäten der Wähler und auch die "Positionen" der Parteien (die hier auch Kompetenzzuschreibungen widerspiegeln würden) sich unterscheiden, daß mithin unterschiedliche Parteien in dieser Hinsicht für unterschiedliche Gruppen unterschiedlich attraktiv wären. Unter anderem hätten solche Erscheinungen den für dieses räumliche Modell unannehmbaren Effekt, daß Popularitätsveränderungen und Stimmenverschiebungen sich gegenläufig verhalten müßten: Neigen Gruppen von Wählern, die hinsichtlich eines bestimmten Issue besonders empfindlich sind, einer bestimmten Partei deshalb zu, weil diese sich um das Issue besonders kümmert, dann müßte ihre Reaktion besonders heftig sein, soweit es die Popularität dieser Partei angeht, sie sollte aber besonders zurückhaltend sein oder gar ein entgegengesetztes Vorzeichen tragen, was die Bereitschaft angeht, dieser Partei die Stimme zu entziehen. Mit anderen Worten: Klienteleffekte haben in Valenzissue-Erklärungen des Wählerverhaltens zunächst keinen Platz.

### **3.2. Empirie und Anomalien**

Die Empirie ist zwiespältig. Einerseits gibt es deutliche Hinweise darauf, daß sich Kurzfristeffekte im Rahmen eines solchen Entwurfs rekonstruieren lassen(16). Sowohl die Tatsache, daß es erhebliche nationale Unterschiede in der Stärke solcher Effekte gibt, als auch die Tatsache, daß die Beziehungen, soweit vorhanden, häufig nichtlinear(17) sind, stellen keine schwerwiegenden Probleme dar: Die Intensität der Beziehung sollte ja, wenn überhaupt so etwas wie Wählerrationalität vorliegt, davon abhängen, in welchem Umfang dem politischen Sektor Verantwortung für die jeweils betrachteten Valenzissues zugeschrieben wird. Das wird unter anderem von nationalen Traditionen, der jeweiligen politischen Kultur, abhängen und liegt insoweit jenseits der Zuständigkeit des ökonomischen Ansatzes. Für nichtlineare Zusammenhänge kann man analog argumentieren - gleichgültig, ob man das Phänomen mit individuellen Wahrnehmungsschwellen ("Schmerzschwellen") oder der Form der Wählerverteilung erklärt, aus dem ökonomischen Ansatz selbst folgt hierzu nichts Bestimmtes.

Eindeutig als Anomalien zu betrachten sind jedoch die folgenden Befunde: Regelmäßig werden unterschiedliche Koeffizienten für verschiedene Parteien bzw. Parteienblöcke berichtet, verknüpft mit auf Parteien bezogenen Kompetenzurteilen; Bisweilen gehen diese Unterschiede so weit, daß sie bezogen auf die Dimension Regierung/Opposition als Vorzeichenumkehrungen auftreten(18).

Besonders bedrohlich für die Anwendung des ökonomischen Ansatzes auf Wahlverhalten ist nun, daß es sich hierbei nicht lediglich um zwar faktisch vorkommende, aber prognostisch unzugängliche Erscheinungen handelt, sondern daß sich sehr wohl allgemeine Sätze formulieren lassen, Modelle des Wählerverhaltens, die der Empirie nicht schlechter gewachsen sind als die gerade skizzierten Modelle. Solche Modelle(19) deuten kurzfristige Wählerbewegungen ebenfalls als Reaktionen auf den Stand bestimmter Sachfragen. Die behandelten Sachfragen, z.B. innere Ordnung, äußere Sicherheit, soziale Sicherheit, individuelle Freiheit, sind insofern Valenzissues, als eine homogene Bewertung im Elektorat vorliegt. Sie sind aber, anders als im zuvor betrachteten Ansatz, mit Wäh-

lerreaktionen nicht hinsichtlich der Unterscheidung Regierung/Opposition, sondern hinsichtlich der Parteien selbst, unabhängig von ihrer Regierungsbeteiligung, verknüpft. Parteien "besitzen" gewissermaßen bestimmte Themen, und wenn ein Wähler ein bestimmtes Thema als dringlich oder kritisch ("salient") ansieht, wird er sich der Partei zuwenden, der dieses Thema "gehört". Die Parteien konkurrieren miteinander nicht in ein- und demselben Raum, sondern sie reden gewissermaßen aneinander vorbei. Sie versuchen, "ihre" Themen als dringlich durchzusetzen, über die Themen ihrer Konkurrenten reden sie nicht. Wer hier erfolgreicher ist, wird Netto-Stimmengewinne verbuchen. Kann man also die Themen, die im Wahlkampf eine Rolle spielen, identifizieren und ist es möglich, sie den verschiedenen Parteien zuzuordnen, so läßt sich daraus dann die (Netto-)Bewegung der Wähler prognostizieren(20). Auch hier muß die prognostizierte Bewegung im Aggregat nicht explizit auf der Individualebene rekonstruiert werden, auch diese Modellierung stützt sich allein auf Merkmale der äußeren Situation.

Voreilig wäre es, nun den rationalistischen Ansatz selbst über Bord zu werfen. Da man ja unzweifelhaft Verhaltensregelmäßigkeiten sowohl auf der Wählerseite wie auf Seiten der Parteien vorfindet, würde die Vorstellung erratischen Verhaltens bzw. erratischer Oszillationen um ansonsten habituelles Verhalten erst recht Probleme aufwerfen(21). Viel näher liegt es also, die Charakterisierung der Handlungssituation der Wähler nochmals unter die Lupe zu nehmen, also an den Brückentheoremen anzusetzen.

Hier gibt es ja offensichtliche Ungereimtheiten: Wenn die jeweils konstatierte Bewegungsrichtung eindeutig ist, wenn es sich also um Valenzissues handelt - warum gibt es dann überhaupt unterschiedliche Parteiprofile und nicht Konvergenz? Es ist nicht sehr überzeugend, zwar die Wähler als konsistent, dafür aber die Parteien als inkonsistent, zu betrachten: Alle Wähler wollen im Prinzip alles und laufen jeweils der Partei zu, die das anbietet, was momentan am knappsten ist. Welchen Grund aber sollte irgendeine Partei haben, nicht alles zugleich anzubieten? Das würde sie am besten davor schützen, Opfer der schwankenden Wichtigkeit irgendeines Valenzproblems zu werden. Auch wenn man issuespezifische Kompetenzunterschiede der Parteien als Erklärung vor-

schlägt, kommt man nicht weiter: Es ist zwar möglich, daß eine Partei insgesamt als kompetenter gilt als die andere, aber es ist, falls man es wirklich mit Valenzissues zu tun hat, schwer vorstellbar, warum die Kompetenz dauerhaft (und daher prognostisch verwendbar) issuespezifisch verteilt sein sollte. Wenn es sich aber in Wirklichkeit doch um Positionissues handeln sollte, die ja, wiederum, weil prognostisch verwendbar, dauerhaften Charakter haben müssen - warum gibt es dann homogene Wählerbewegungen?

### **3.3. Konkurrierende Valenzissues**

Wir müssen offensichtlich die Rolle der Valenzissues genauer betrachten. Implizit in der Modellierung enthalten war eine *ceteris paribus*-Klausel, oder genauer: eine Unabhängigkeitsvoraussetzung hinsichtlich der verschiedenen im Paket befindlichen Valenzissues. Diese Voraussetzung stellt sich als theoretisch außerordentlich gewichtig heraus.

In allgemeiner Formulierung kann man ein Kontinuum von möglichen Zusammenhängen zugrundelegen, dessen einer Grenzfall die völlige Unabhängigkeit, dessen anderer Grenzfall ein perfekter negativer Zusammenhang zweier Valenzissues ist, ein strikter Zielkonflikt also. Für den einen Grenzfall gilt alles, was bisher über die Wirkung von Valenzissues auf das Wählerverhalten gesagt wurde. Zugleich gilt für diesen Grenzfall aber auch, daß er eigentlich eine politiktheoretische Absurdität darstellt - läßt sich ein Thema wirklich vollständig isolieren, so liegt es am nächsten, es überhaupt aus der Arena politischer Entscheidung hinauszuverlagern und es einer separaten Institution mit nur einer einzigen Mission zu übertragen. Wann immer man das für nicht praktikierbar hält, verwendet man zumindest implizit bereits die Vorstellung, daß sich Probleme nicht perfekt isolieren lassen - damit aber räumt man ein, daß der theoretisch interessante Fall eben nicht der Fall voneinander unabhängiger Valenzissues ist, sondern vielmehr der andere Grenzfall. Diesen wollen wir daher nun genauer betrachten.

Solche Konflikte gibt es - der augenfälligste und oft angesprochene Zielkonflikt ist der zwischen den unbestrittenen Valenzissues Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität, jedenfalls bei Kurzfristbetrach-



tung(22). Ohne Mühe lassen sich weitere finden, z.B. die Valenzissues "Staatsverantwortung" und "individuelle Initiative"(23). Nimmt man diese Idee von konfligierenden Valenzissues, die ja nicht neu ist(24), in der Modellbildung ernst, so erhält man folgendes Bild: Für jedes Thema ist ganz offensichtlich bei isolierter Betrachtung die Homogenitätsvoraussetzung erfüllt. Bei paarweiser Gegenüberstellung wird jedoch deutlich, daß die Verfolgung jedes dieser Ziele ganz bestimmte Kosten verursacht - Opportunitätskosten, ausgedrückt im Verzicht auf das Gegenüber, das ebenfalls ein Valenzissue ist. Jeder Wähler zieht selbstverständlich mehr von beidem weniger von beidem vor, seine Auswahl muß er aber zwischen beiden Zielen treffen.

Das individuelle Entscheidungsproblem ist also ein Optimierungsproblem mit der gleichen Struktur wie das Problem der Zusammenstellung eines nutzenmaximalen Güterbündels. Betrachten wir zunächst den idealtypischen Fall wohlinformierter und vollkommen konsistenter Individuen. Solche Individuen werden ihren optimalen Punkt auf dem tradeoff zwischen den konkurrierenden Zielen bestimmen können (bildlich: den Punkt, an dem die tradeoff-Linie von der höchsterreichbaren Indifferenzkurve tangiert wird). Da die individuellen Prioritäten unterschiedlich sind, werden sich die Idealpunkte der Individuen unterscheiden. Anders ausgedrückt: Was je einzeln als Valenzissue erscheint, wird in der Kombination zu einer Positionsfrage. Individuen sind hier genauso wenig einseitig verteilt wie bei reinen Positionsfragen, Wahlergebnisse hängen von der Verteilung der Individuen und den Positionen der Parteien ab. Die Nichtkonvergenz der Parteien in dieser Hinsicht ist in diesem Modell so gut oder so schlecht erklärbar wie die Nichtkonvergenz hinsichtlich "gewöhnlicher" Positionsissues.

Damit aber scheinen wir wieder auf die Ausgangslage zurückgeworfen - wieso sollten hier überhaupt Wählerbewegungen zustandekommen? Entscheidend ist nun folgendes: Ebenso wie bei reinen Positionsissues wird auch hier die Regierung nicht immer den angestrebten und versprochenen Zustand realisieren können. Im Unterschied zu reinen Positionsissues jedoch besteht die Alternative nicht etwa in einer prinzipiell unerwünschten Position, sondern lediglich in der Wahl einer anderen Position auf dem tradeoff. In der Terminologie räumlicher Modelle

gesprochen: Die Verfehlung der angekündigten Position ändert bei reinen Positionsisues nichts an den wahrgenommen Abständen der Parteien, während im Falle eines tradeoffs zwischen Valenzissues genau dies der Fall ist. Es ist also ohne weiteres möglich, daß die angestrebte Position der zunächst gewählten Partei die vergleichsweise nächstgelegene Position für ein Individuum ist, während die realisierte Position, für die diese Partei, falls an der Regierung, haftbar gemacht wird, nicht die nächstliegende Position ist. Bewegungen sind also plausibel. Aber wir haben immer noch ein Problem: Nach wie vor scheint allenfalls Belohnung oder Bestrafung in Frage zu kommen, Klienteleffekte scheinen immer noch Anomalien zu sein.

Bei näherer Betrachtung jedoch stellt sich etwas anderes heraus: Im Unterschied zur Situation isolierter Valenzissues kann die Regierung den angestrebten Punkt ja in zwei Richtungen verfehlen, der Abstand zur Position der Opposition kann also wachsen oder schrumpfen - entsprechend unterschiedliche und durchaus auch einander gegenläufige Wählerbewegungen sind zu erwarten. Betrachten wir ein Beispiel: Die Regierungspartei sei die für das Problem Arbeitslosigkeit sensiblere, daher auch mit entsprechender Reputation und Kompetenzzuschreibung versehene Partei; für die Opposition gilt gleiches - noch ausgeprägter - hinsichtlich des Problems Inflation. Die Position eines Wählers I befinde sich zwischen den beiden, jedoch näher an der der regierenden Partei - auch für ihn spielt das Beschäftigungsniveau eine größere Rolle als die Inflationsrate. I habe die Regierungspartei gewählt. Diese sei nun über das Ziel hinausgeschossen und habe eine noch niedrigere Arbeitslosigkeit, aber eben auch mehr Inflation als beabsichtigt realisiert. Im Hinblick auf das Beschäftigungsniveau ist unser Wähler hochzufrieden, dennoch geht er zur Opposition über, da ihm die Kosten hinsichtlich Inflation nun zu hoch sind. Betrachtet man nur die Valenzfrage "Inflation", so bestätigt dieses Verhalten beide Hypothesen - man kann es sowohl als "Bestrafung" der Regierung als auch als das "rallying around the flag" bei der hier als kompetenter geltenden Opposition interpretieren; betrachtet man hingegen nur das Beschäftigungsniveau, so ist man hinsichtlich beider Hypothesen in Schwierigkeiten - Gründe für Bestrafung sind sowieso nicht zu erkennen, während die Interpretation des Vorganges als das "Streunen" eines "Klienten", der momentan keinen

Anlaß zur Sorge hat, vollkommen ad hoc ist. Angenommen nun, die Regierungspartei sei im Amt geblieben, habe aber in der zweiten Periode auf die Wählerbewegung reagiert und sei nun zu weit in der Gegenrichtung gegangen, habe sich also der Position der Opposition faktisch stärker angenähert als beabsichtigt - mehr Arbeitslosigkeit und weniger Inflation als geplant haben sich eingestellt. I kehrt nun zur Regierungspartei zurück. Hat der Betrachter nur das Thema Arbeitslosigkeit im Auge, so wird er einen Klienteleffekt vorfinden, konzentriert er sich dagegen auf das Thema Inflation, so wird er eine Belohnungshypothese bestätigt finden.

Allgemeiner gesagt: Bei "Abstandsvergrößerungen" zwischen Regierung und Opposition weisen beide Hypothesen für eines der beiden Valenzthemen in die gleiche Richtung (im Beispiel prognostizieren beide Hypothesen hinsichtlich Inflation eine Wählerbewegung weg von der Regierung), während sie für das andere Thema nicht anwendbar sind. Bei "Abstandsverringerungen" prognostiziert jede der beiden Hypothesen unterschiedliche Bewegungsrichtungen, je nach Bezugsissue - das eine Thema bestätigt die Klientelhypothese und widerlegt eine Bestrafungshypothese (im Beispiel das Thema Arbeitslosigkeit), das andere Thema bestätigt eine Belohnungshypothese und widerlegt die Klientelhypothese (im Beispiel das Thema Inflation). Haben wir es also mit beobachteten Wählerströmen von der Regierung zur Opposition zu tun, können wir den Vorgang mit Hilfe beider Hypothesen in gleicher Fassung interpretieren; haben wir es mit Wählerströmen von der Opposition zur Regierung zu tun, so können wir ebenfalls beide Hypothesen verwenden, wir müssen nur unterschiedliche unabhängige Variablen verwenden.

Wenn also die Handlungssituation der Wähler hiermit zutreffend beschrieben ist, wenn Valenzissues in der Realität nicht komplett unabhängig voneinander sind, können die ursprünglich miteinander konkurrierenden Hypothesen in einem gemeinsamen Modell untergebracht werden. Die jeweils als Anomalien der einen Hypothese betrachteten Bestätigungen der anderen Hypothese sind keine Anomalien mehr. Wenn nun nicht alles und jedes mit dem ökonomischen Ansatz vereinbar sein soll, muß die komplexere Situation, die die Hypothesenkonkurrenz gegen-

standslos macht, explizit in die Hypothesenformulierung eingehen. Solche Hypothesen sind offensichtlich alles andere als simpel, sie können nicht einfach mit Hilfe freihändig gegriffener Valenzissues formuliert und überprüft werden.

Die Modifikation dieser Überlegungen für den realistischeren Fall eingeschränkter Wählerrationalität ändert an diesem ernüchternden Befund nichts, sie führt eher zu weiterer Ernüchterung:

In der Realität werden die Wähler die hier behaupteten Tradeoffs nicht ausdrücklich wahrnehmen, ja es wird zentraler Bestandteil von Partei-Strategien sein, ein solches Bewußtsein, falls vorhanden, zu verwischen. Es kann also weder davon ausgegangen werden, daß die Wähler selbst ihre Optimalpositionen definieren, noch kann davon ausgegangen werden, daß Parteipositionen erkennbar sind. Das bedeutet jedoch nicht, daß der Zielkonflikt verhaltensirrelevant ist. Zwar beziehen die Wähler keine explizite Optimalposition auf dem Tradeoff, jedoch werden sie, wenn er besteht, in ihrer Wahrnehmung der Gesamtsituation auf ihn bezogen reagieren. Man kann sich das etwa so vorstellen: Irgendein Valenzissue ist für einen Wähler in einem bestimmten Augenblick bedeutsam, wichtig, kritisch. Das jeweilige Gegenüber wird unter Umständen nicht einmal wahrgenommen - aber eben doch nur so lange, wie ein impliziter Mindestwert, der dieses Issue kritisch macht, nicht unterschritten wird. Die Empfindlichkeit in der einen oder anderen Hinsicht wird von der persönlichen Lage, persönlichen Interessen etc. abhängen. Sofern ein Zielkonflikt existiert, schlägt er sogar umso stärker im Wahlverhalten durch, je weniger ihn die Alltagstheorie des Wählers berücksichtigt: Wer einen Tradeoff sieht, wird wenigstens nicht mehr direkt auf isolierte Issues reagieren.

Nachdem die Wahrnehmungen der Wähler nicht präzise sind, können die Parteien in gewissem Umfange darauf einwirken, was von wievielen Wählern als kritisch wahrgenommen wird. Für die jeweils regierende Partei wird es nützlich sein, die Wähler von der Existenz von möglichst vielen tradeoffs zu überzeugen, um etwaige Vorwürfe aufzufangen; die Opposition kann kein kurzfristiges Interesse daran haben, auf Zielkonflikte aufmerksam zu machen. Da aber die Rollen bisweilen wechseln und

man die Argumentationsweise nicht nach Belieben austauschen kann (unter anderem deshalb, weil der Gegner ein Interesse daran hat, an frühere Äußerungen zu erinnern), wird die Landschaft von Deutungsmustern bestimmt sein, die darüber mitentscheiden, in welcher Weise der aktuelle Stand von Sachfragen im Wählerverhalten wirksam wird(25).

Wir haben also eine weitere Erschwerung der Anwendung des ökonomischen Ansatzes hinzunehmen: Wir können unsere Hypothesen nicht nur nicht einfach hinsichtlich isolierter Valenzissues formulieren, sondern wir können sie auch nicht in Form einfacher Verknüpfungen von "objektiver" Lage und Reaktion formulieren. Zwar sind wir nach wie vor nicht gezwungen, die individuellen Wahrnehmungen im einzelnen zu ermitteln, aber wir tun gut daran, öffentlich gehandelte Deutungen zu berücksichtigen.

#### **4. Diskussion**

Die Leistungsfähigkeit des ökonomischen Ansatzes als Instrument der Mikrofundierung theoretischer Sätze über die Prädiktoren des Wahlverhaltens und die Prädiktoren seiner Veränderungen kann zusammenfassend so charakterisiert werden:

Eine empirisch gehaltvolle Dimensionierung der Wählerverteilung ist mit Hilfe dieses Ansatzes gerade in dem Maße möglich, wie die politischen Entscheidungen Bezug haben zu Angelegenheiten, die aus situativen Gründen eindeutige Prioritätensetzungen der Individuen erwarten lassen. Da dies im allgemeinen nur für einen Teil der politischen Agenda behauptet werden kann, kann diese Dimensionierung immer nur partiell sein. Der große oder kleine Rest folgt nicht aus irgendwelchen Rationalitätsannahmen, sondern folgt entweder aus einer eigenständigen Theorie oder muß deskriptiv ermittelt werden.

Hinsichtlich der Wählerbewegungen bei gegebener Verteilung zeigte sich, daß der ökonomische Ansatz sehr wohl imstande ist, die Mikroebene in konsistenter und aggregierbarer Weise zu rekonstruieren; jedoch zeigte sich auch, daß seine Sparsamkeit nicht so weit geht, daß er auf der

Grundlage einiger einfach zu ermittelnder objektiver Größen die Herleitung eindeutiger Aussagen über die Richtung von Wählerbewegungen erlaubt. Analogien zwischen Wählerverhalten und Konsumentenverhalten bestehen sicherlich ebenso wie Analogien zwischen Politikerverhalten und Produzentenverhalten, jedoch sind die Analogien begrenzt und kompliziert. Dementsprechend sind auch Modellierungen des politischen Wettbewerbs, die auf unmittelbarer Analogsetzung der Prozesse und ihrer Resultate setzen, voreilig. Ganz bestimmt kann die Entscheidung für eine "ökonomische Modellierung" kein kostengünstiger Ersatz für eine sorgfältige Beschreibung der Handlungssituationen sein; die Leistung des ökonomischen Ansatzes besteht viel eher darin, bei der Identifikation dessen zu helfen, worauf man in der Situationsbeschreibung achten muß.

## **Anmerkungen**

1. Aus der Sicht der Mikrotheorie gibt es analoge Gründe, eine Ebenenverbindung zu suchen: Nur dann, wenn es Kompositions- und Dekompositionsregeln gibt, können Mikrotheorien aggregierte Wahldaten verarbeiten, ohne dem Risiko ökologischer Fehlschlüsse uneingeschränkt ausgeliefert zu sein.
2. Für Einzelheiten vgl. Zintl (1989).
3. Vgl. insbesondere Becker (1976).
4. Vgl. vor allem Latsis (1976).
5. Die Unterscheidung von Positions- und Valenzissues wurde zuerst von Stokes (1963) eingeführt; vgl. auch Converse (1966).
6. Für diese Konsequenz aus dem Unmöglichkeitstheorem von Arrow vgl. Ordeshook (1986, pp. 71 ff.); Schwartz (1986, pp. 68 ff.). Die Nichtexistenz eines "median in all directions" hat Folgen für die zu erwartende Stabilität von Parteiprogrammen, die vor allem von Riker (1982) untersucht wurden; insbesondere wird hier durch die Vorstellung einer Anpassung der Parteipositionen an die Wählerverteilung, eines sozusagen passiven politischen Sektors, insgesamt fragwürdig. Da es uns aber nur um die andere Seite, um Wählerreaktionen auf gegebene Angebote, geht und da die Angebote zumindest eine gewisse zeitliche Stabilität aufweisen, kann diese Seite des Prozesses hier ausgeblendet bleiben.
7. Parteien sind keine homogenen Akteure; sie sind, um ihre Programme mitteilen zu können, auf Aktivisten und Geldgeber angewiesen, die gemeinhin extremere Positionen einnehmen als der Medianwähler. Ein anderes Argument stützt sich auf die Gestalt der Verteilung: Falls Stimmenthaltung möglich ist, kann der Stimmenzugewinn durch Bewegung in die "Mitte" kleiner sein als die entsprechenden Stimmenverluste an den Rändern.

8. Vgl. vor allem Laver (1978).

9. Vgl. Stokes (1963); Davis et al. (1970).

10. Vgl. Hayek (1969) und die analogen Unterscheidungen zwischen tastes und values (Arrow 1967) bzw. interests und judgments (Sen 1977).

11. Für Meinungen, die "Korrektive" sind, liegt das auf der Hand; für Meinungen, die lediglich "Verallgemeinerungen" sind, tritt der Konflikt in Form eines Gefangenendilemmas auf - die beste aller Welten ist die, in der alle anderen die Regeln einhalten.

12. Einerseits wegen der Manipulierbarkeit der "Us/Them"-Dimension, vgl. hierzu vor allem Schenk (1987); andererseits aus kognitiven Gründen: Wenn die Sache kompliziert wird, sind Deutungsangebote entscheidend für die Bestimmung dessen, "was im wirklichen Interesse liegt".

13. Vgl. für Untersuchungen zur "soziotropischen" Komponente des Wahlverhaltens etwa Feldman (1985).

14. Man kann eine Fallunterscheidung machen: Bei sozusagen isolierten Issues hängt der Erfolg einer Partei davon ab, wie zutreffend sie die aktuelle Stimmungslage einschätzt. Fallen die Issues in eine schon vorhandene Dimension, können die Parteien nicht ad hoc reagieren, sondern sind - aus Konsistenz- und damit Glaubwürdigkeitsgründen - Gefangene ihrer Programmatik, Opfer oder Begünstigte des Augenblicks. Erweisen sich die Angelegenheiten als dauerhaft, ist Programm- anpassung zu erwarten.

15. Die expliziteste Fassung findet sich bei Kirchgässner (1974). Die u.a. von Rattinger (1980, pp. 22 ff.) erhobene Kritik, hiermit breche das räumliche Modell zusammen, trifft nur auf die spezielle von Kirchgässner hier gewählte Fassung zu: Er unterscheidet Stamm- und Wechselwähler, wobei die Wechselwähler überhaupt keine positionale Fixierung aufweisen, die Stammwähler eine komplette. In diesem Falle gilt tatsächlich, daß die Opposition jeweils sämtliche Wechselwähler zu sich herüberzie-



hen kann - sie haben nur ein Kriterium, und die Opposition kann immer eine bessere "Position" beziehen als die Regierung. Im allgemeinen Fall, der hier behandelt wird, gilt das ersichtlich nicht.

16. Vgl. für alle die klassische Untersuchung von Kramer (1971). Auf die Diskussion über den möglichen Artefaktcharakter der Ergebnisse (so schon Stigler 1973; für die neuere Diskussion vgl. Norpoth/Yantek 1983 und Kirchgässner 1983) kann hier nur verwiesen werden.

17. Vgl. etwa Frey/Garbers (1972) und Hibbs (1982).

18. Falsche oder wechselnde Vorzeichen, die schon bei Kramer (1971) für die Arbeitslosigkeit auftreten, werden insbesondere von Owens/Olsen (1980, pp. 482 ff.) berichtet. Parteispezifische Unterschiede finden sich bei Frey/Garbers (1972, p. 291); Kirchgässner (1983, pp. 240 ff.); Kiewiet (1983, pp. 102 ff.). Für die Rolle von Kompetenzurteilen vgl. Falter/Rattinger (1983); Rattinger (1985); Küchler (1985).

19. Vgl. vor allem Budge/Fairlie (1983).

20. Vgl. Budge/Fairlie (1983, p. 47). Der Saldo wird von Budge und Fairlie nur auf Aggregatebene gebildet; es bleibt offen, wie die einzelnen Individuen mit verschiedenen in unterschiedliche Richtungen weisenden Themen umgehen.

21. Auch dort, wo das Konzept der Wählerrationalität daher in Frage gestellt wird, geht es nicht um die Aufgabe jeglicher, sondern nur einer bestimmten rationalistischen Modellierung. Vgl. z.B. Laver (1978, pp. 256 ff.): "In the past rational-choice theories of party competition have always assumed voter rationality, but there is no real need to do this. Provided that voting behavior is at least partially predictable there is no reason why politicians should not rationally react to this... Party identification models provide an account of predictable voting behavior without assuming voter rationality... If we are prepared to allow that the actions of politicians influence the behavior of the electorate in a predictable manner, we could go on to construct an interactive model of party competition." Was Laver also eigentlich vorschlägt, ist der Verzicht auf

die bisher zugrundeliegende Vorstellung einer Reaktion der Wähler auf reale Situationen und statt ihrer die Modellierung des Wählerverhaltens als Konsequenz der Wahlkampfdynamik, als Reaktion auf Parteiaktivitäten.

22. Explizit modelliert etwa bei Kiewiet (1983, pp. 129 ff.).

23. Budge/Fairlie (1983, pp. 28 ff.).

24. Vgl. etwa Lepper (1974).

25. Vgl. hierzu ausführlicher Zintl (1985).

**Literatur:**

Arrow, K. J., 1967: The Place of Moral Obligation in Preference Systems. S. 117-119. In: Hook, S. (Hrsg.): *Human Values and Economic Policy*. New York: New York University Press

Becker, G. S., 1976: *The Economic Approach to Human Behavior*. Chicago/London: University of Chicago Press

Budge, I.; Fairlie, D. J., 1983: *Explaining and Predicting Elections*. London: Allen/Unwin

Converse, P. E., 1966: The Problem of Party Distances in Models of Voting Change. S. 175-207. In: Jennings, M. K.; Zeigler, H. (Hrsg.): *The Electoral Process*. Englewood Cliffs: Prentice-Hall

Davis, O. A.; Hinich, M. J.; Ordeshook, P. C., 1970: An Expository Development of a Mathematical Model of the Electoral Process. In: *American Political Science Review* 64, S. 426-448

Falter, J. W.; Rattinger, H., 1983: Parteien, Kandidaten und politische Streitfragen bei der Bundestagswahl 1980: Möglichkeiten und Grenzen der Normal-Vote-Analyse. S. 320-421. In: Kaase, M.; Klingemann, H.-D. (Hrsg.): *Wahlen und politisches System*. Opladen: Westdeutscher Verlag

Feldman, S., 1985: Economic Self-Interest and the Vote: Evidence and Meaning. S. 144-166. In: Eulau, H.; Lewis-Beck, M. S. (Hrsg.): *Economic Conditions and Electoral Outcomes: The United States and Europe*. New York: Agathon Press

Frey, B. S.; Garbers, H., 1972: Der Einfluß wirtschaftlicher Variable auf die Popularität der Regierung - eine empirische Analyse. In: *Jahrbuch für Nationalökonomie und Statistik* 186, S. 281-295

Hayek, F. A., 1969: Die Verfassung eines freien Staates. S. 199-205. In: ders., *Freiburger Studien*. Tübingen: Mohr Siebeck

Hibbs, D. A., 1982: On the Demand for Economic Outcomes: Macroeconomic Performance and Mass Political Support in the United States, Great Britain, and Germany. In: *Journal of Politics* 44, S. 426-462

Kiewiet, D. R., 1983: *Macroeconomics and Micropolitics*. Chicago: Chicago University Press

Kirchgässner, G., 1974: Ökonometrische Untersuchungen des Einflusses der Wirtschaftslage auf die Popularität der Parteien. In: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik* 110, S. 409-445

Kirchgässner, G., 1983: Welche Art der Beziehung herrscht zwischen der objektiven wirtschaftlichen Entwicklung, der Einschätzung der Wirtschaftslage und der Popularität der Parteien: Unabhängigkeit, Scheinunabhängigkeit, Scheinkorrelation oder kausale Beziehung? S. 222-256. In: Kaase, M.; Klingemann, H. D. (Hrsg.): *Wahlen und politische Kultur: Studien zur Bundestagswahl 1980*. Opladen: Westdeutscher Verlag

Kramer, G. H., 1971: Short-Term Fluctuations in U.S. Voting Behavior, 1896-1964. In: *American Political Science Review* 65, S. 131-143

Küchler, M., 1985: Ökonomische Kompetenzurteile und individuelles politisches Verhalten: Empirische Ergebnisse am Beispiel der Bundestagswahl 1983. S. 157-181. In: Oberndörfer, D.; Rattinger, H.; Schmitt, K. (Hrsg.): *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel*. Berlin: Duncker und Humblot

Latsis, S., 1976: A Research Programme in Economics. S. 1-41. In: ders. (Hrsg.): *Method and Appraisal in Economics*. Cambridge: Cambridge University Press

Laver, M., 1978: On Defining Voter Rationality and Deducing a Model of Party Competition. In: *British Journal of Political Science* 8, S. 253-256

Lepper, S. J., 1974: Voting Behavior and Aggregate Policy Targets. In: Public Choice 18, S. 67-81

Norpoth, H.; Yantek, T., 1983: Von Adenauer bis Schmidt: Wirtschaftslage und Kanzlerpopularität. S. 198-221. In: Kaase, M.; Klingemann, H. D. (Hrsg.): Wahlen und politische Kultur: Studien zur Bundestagswahl 1980. Opladen: Westdeutscher Verlag

Ordeshook, P. C., 1986: Game Theory and Political Theory. An Introduction. Cambridge: Cambridge University Press

Owens, J. R.; Olsen, E. C., 1980: Economic Fluctuations and Congressional Elections. In: American Journal of Political Science 24, S. 469-493

Rattinger, H., 1980: Wirtschaftliche Konjunktur und politische Wahlen in der Bundesrepublik Deutschland. Berlin: Duncker und Humblot

Rattinger, H., 1985: Allgemeine und persönliche wirtschaftliche Lage als Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens bei der Bundestagswahl 1983. S. 183-218. In: Oberndörfer, D.; Rattinger, H.; Schmitt, K. (Hrsg.): Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel. Berlin: Duncker und Humblot

Riker, W. H., 1982: Liberalism against Populism. A Confrontation between the Theory of Democracy and the Theory of Social Choice. San Francisco: Freeman

Schenk, R. E., 1987: Altruism as a Source of Self-Interested Behavior. In: Public Choice 53, S. 187-192.

Schwartz, T., 1986: The Logic of Collective Choice. New York: Columbia University Press

Sen, A. K., 1977: Rational Fools: A Critique of the Behavioural Foundations of Economic Theory. In: Philosophy and Public Affairs 6, S. 317-344

Stigler, G. J., 1973: General Economic Conditions and National Elections. In: *American Economic Review, Papers and Proceedings* 63, S. 160-167

Stokes, D. E., 1963: Spatial Models of Party Competition. *American Political Science Review* 57, S. 368-377

Zintl, R., 1985: Zur politischen Wirkungsweise von makroökonomischen Variablen: Ein Problemaufriß. S. 45-59. In: Oberndörfer, D.; Rattinger, H.; Schmitt, K. (Hrsg.): *Wirtschaftlicher Wandel, religiöser Wandel und Wertwandel*. Berlin: Duncker und Humblot

Zintl, R., 1989: Der homo oeconomicus: Ausnahmeerscheinung in jeder Situation oder Jedermann in Ausnahmesituationen? In: *Analyse und Kritik* 11, S. 52-69